V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédite par l'éditeur"

1. Jahrgang - Nr. 28 - Preis 25 Groschen

Der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ

Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50 Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90 Österreichisches Postsparkassen-Kto. B-11.035, Tschechoslowakisches Postsparkassen-Konto 501.540, Polnisches Postsparkassen-Konto Dr. Aron Goldin 27.765

Wien, Freitag, den 17. November 1933
וינה, יום ו׳, כ״ח מרחשון תרצ״ד

Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40

Entscheidende Attacke angekündigt

„Jüdisches Nationalheim abgeschlossen"

Jerusalem, 15. November (Spezialtelegramm des »Judenstaat«)

Hier werden soeben Einzelheiten einer Aussprache bekannt, die der High Commissioner Wauchope mit Exekutivmitgliedern der Jewish Agency hatte. Wauchope erklärte, daß der gegenwärtige Zustand des Landes als übersättigt zu betrachten sei, daß die Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung als zureichend und nicht mehr steigerungsbedürftig erscheine, kurz, daß das Jüdische Nationalheim in seiner heutigen Form als endgültig und abgeschlossen zu gelten habe. Dies werde ihm, fuhr Wauchope fort, veranlassen, eine andere Politik zu inaugurieren, die Einwanderung zu drosseln, die Touristik und die sogenannte »illegale« Einwanderung gänzlich abzustellen. Den beiden letzten soll dadurch begegnet werden, daß schon bei der Landung scharfe Maßnahmen ergriffen werden, daß ferner Meldepflicht und ähnliches eingeführt werde. Die Einwanderungsbeschränkungen sollen sich auch auf die kapitalistischen Gruppen erstrecken, wie überhaupt eine jüdische Gesamteinwanderung im Verhältnis von 1:4 gegenüber der arabischen vor sich gehen soll.

»Von Jabotinsky bis Ben Gurion«

Als ihm seitens der Jewish Agency-Mitglieder entgegengehalten wurde, daß Palästina doch ein blühendes Land darstelle und solche Maßnahmen ganz ungerechtfertigt erscheinen lasse, meinte Wauchope trocken: »Es gibt arbeitslose Araber genug!« Die so alarmierte Jewish Agency fühlte sich nun bewogen, die Vertreter aller zionistischen Gruppen Palästinas zu einer Konferenz einzuberufen, auf der sie von dieser Unterredung mit dem High Commissioner Mitteilung machte und auf die schwere Gefahr hinwies, die das zionistische Werk nun bedroht. Der politische Leiter der Jewish Agency in Jerusalem Schertok, regte auf der Konferenz an, alle zionistischen Parteien mögen Burgfrieden halten und darüber hinaus sich zu einer nationalen Konzentration zusammenzuschliessen, um der drohenden Gefahr zu begegnen. Eine einheitliche Front von Jabotinsky bis Ben Gurion, erklärte Schertok, sei jetzt notwendig.

Diese »überraschende« Nachricht klingt jenen weniger überraschend, die besonders in den letzten Wochen die Darlegungen unseres Blattes gelesen haben, die der Araber-Demonstration und der Einwanderungsfrage gewidmet waren. Die Maßnahmen des jüdischen Volkes gegen die angekündigte schwere Attacke auf seine Existenz werden der Welt sehr bald vor Augen geführt werden müssen. Wir wollen uns für heute eines Kommentars enthalten.

Auch die Wiener »Neue Freie Presse« weiß in einem Telegramm ihres Jerusalemer Korrespondenten über die Absichten der Palästina-Regierung zu berichten. Das Telegramm lautet:

Jerusalem, 15. November. Diese Woche wird die Veröffentlichung neuer englischer Maßnahmen gegen die jüdische Einwanderung erwartet. Die Verhandlungen der Jewish Agency mit dem Oberkommissär über Milderungen waren bisher erfolglos. In Kreisen der Jewish Agency ist man überzeugt, daß das Kolonialamt den noch vor der arabischen Protestbewegung begonnenen Generalangriff gegen die jüdische Einwanderung weitertreiben will. Die amtlichen Kreise halten die Lage für ernster als während des Konfliktes nach den Unruhen von 1929.

Araberführer enthaftet

Jerusalem. Nunmehr herrscht auch in Jaffa normales Leben, nachdem der Streik dort beendet wurde. Der Sekretär der arabischen Exekutive Auni Bey Abdul Hadi und andere arabische Führer, die im Zusammenhang mit den Unruhen in Haft genommen worden waren, sind gegen Kaution aus der Haft entlassen worden. Die arabischen Zeitungen erscheinen alle. Auch Izzat Darwaza wurde aus der Haft entlassen.

Britisches Parlament über Palästina-Unruhen

London, 7. November.

Regierung Seiner Majestät und die »Pflicht«

In der letzten Sitzung der Herbsttagung des britischen Unterhauses standen die jüngsten Vorgänge in Palästina zur Sprache. Der Staatssekretär für Kolonien Sir Philipp Cunliffe-Lister beantwortete eine Anfrage des Labour-Abgeordneten David Grenfell, indem er zunächst eine eingehende Schilderung über den chronologischen Verlauf der arabischen Demonstrationen gab, die er mit folgender politischer Erklärung schloß:

Die Polizei hat ihre beim Ausbruch der Unruhen bewiesene bewundernswürdige Haltung die ganze Zeit hindurch unter schwierigsten Bedingungen aufrechterhalten. Ich bin überzeugt, daß das Haus mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen wird, daß ein aktives Eingreifen der Militärbehörden nirgendwo für nötig befunden wurde.

Lassen Sie mich nochmals namens der Regierung Seiner Majestät die feste Versicherung abgeben, daß die ihr durch das Mandat auferlegte Pflicht, die eine Pflicht sowohl den Arabern wie den Juden gegenüber ist, von ihr mit peinlichster Genauigkeit erfüllt werden wird.

LANDESVERBAND DER ZIONISTEN-REVISIONISTEN FÜR ÖSTERREICH

Revisionistenrat

Eröffnungskonferenz

Samstag, den 18. November ¾ 8 abends im Festsaal des Alten Rathauses, Wien, I., Wipplingerstraße Nr. 8

Programm:

1. **Die politische Situation im Zionismus und die revisionistische Petitionsbewegung.**
   Referent Dr. Wolfgang von WEISL.
2. **Das Judenproblem in Deutschland und seine Konsequenzen.**
   Referent Dr. Norbert HOFFMANN.
3. **Das Martyrium der nationalen Arbeiterschaft in Erez-Israel.**
   Referent I. GOLDSTEIN.

Wegen der Tagung des Revisionistenrates entfällt diesmal die Montagversammlung des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten.

Auch London gegen die »Illegalen«

Der konservative Abgeordnete Captain Peter MacDonald stellte hierauf die Frage, welche Maßnahmen getroffen worden seien um die illegale Einwanderung von Juden einzuschränken.

Sir Philipp antwortete, er würde es begrüßen, daß diese Anfrage schriftlich gestellt werde. Illegale Einwanderung sei tatsächlich vorgekommen und man habe sehr praktische Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung ergriffen.

Ja, Bauer, das ist ganz was anderes . . .

Abg. Barnett Janner (Whitechapel) fragte, ob irgendwelche Maßregeln getroffen worden seien, um in Zukunft zu verhindern, daß, wie bisher, tausende Menschen, die nicht Juden sind, aus Transjordanien ins Land kommen.

Der Minister erwiderte, es würde höchst unrichtig von ihm sein, eine Beantwortung dieser Frage zu versuchen, ohne die Tatsachen genau geprüft zu haben.

4000 Juden im September eingewandert

Jerusalem. Amtlich wird mitgeteilt, daß im Monat September 4062 Einwanderer, unter ihnen 3903 Juden, nach Palästina gekommen sind. Von den Juden gehörten 450 der »Kapitalistenkategorie« an; diese haben 507 Familienangehörige mit sich genommen. Auf Arbeitereinwanderungszertifikate sind 1254 Personen mit 1175 Angehörigen eingewandert. 51 Touristen haben Erlaubnis zu dauernden Aufenthalt bekommen. 220 Personen wurde die Einwanderung verweigert.

H. Farbstein polnischer Konsul in Tel Aviv

Warschau. Der jetzige polnische Konsul in Tel-Aviv Dr. Bernhard Hausner wird demnächst sein Amt verlassen. An seine Stelle als polnischer Konsul in Tel-Aviv tritt das frühere Mitglied der Zion. Exekutive und Führer des Misrachi Heschel Farbstein.

Nähere Bestimmungen der Einwanderungsfeindlichkeit

Kolonienminister Sir Philip Cunliffe-Lister kündigte im Unterhaus in Beantwortung einer Anfrage von Captain Peter MacDonald strenge Maßnahmen gegen illegale Einwanderung in Palästina an.

Es gibt, sagte der Minister, zwei Kategorien von Einwanderen, die ohne Erlaubnis nach Palästina kommen: 1) Personen, die die Grenze ohne Erlaubnis überschreiten, und 2) Personen, denen als Reisenden ein Aufenthalt bis zu zwölf Monaten gestattet wurde und die nach Erlöschen des Aufenthaltsrechtes im Lande verbleiben.

Die Zahl der zur ersten Kategorie gehörenden Personen ist verhältnismäßig gering und wird durch Maßnahmen, die die Palästina-Regierung an der Grenze in Zusammenarbeit mit den französischen Behörden in Syrien trifft noch weiter herabgedrückt.

Bezüglich der zweiten Kategorie, die, wie festgestellt wurde, eine beträchtliche Zahl von Personen betrifft, hat der High Commissioner mit meiner Zustimmung vor kurzem folgende vorbeugende Maßnahme beschlossen:

1. Ein besonderer Beamtenstab wird mit der Durchführung genauer Erhebungen betreffend die Zahl der als Touristen ins Land kommenden und dort illegal verbleibenden Personen beauftragt.

2. Einem geschulten Beamten wird die Organisierung eines Ueberwachungsdienstes zur Kontrolle der Fremden, von denen angenommen werden kann, daß sie dauernd im Lande zu bleiben beabsichtigen, und zur Ausfindigmachung von Personen, die ohne Visum eingereist sind, übertragen.

3. Besondere Maßnahmen werden ergriffen werden, um Personen, die Touristen- oder Transitvisa für Palästina erhalten, darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich im Lande nicht niederlassen, keine Arbeit annehmen und keine Arbeitsgelegenheit suchen dürfen.

4. Die britischen Konsular- und Paßkontrollbeamten bestimmter Länder werden die Instruktion erhalten, von allen Reisenden mit Ausnahme derjenigen, die I. Klasse reisen, die Hinterlegung von 60 Pfund in bar als Kaution oder eine entsprechende Garantie einer angesehenen Bank oder einer anderen Institution zu verlangen.

5. Künftighin werden Personen, die bloß Nansen-Pässe oder gleichartige Personaldokumente haben, nur in Ausnahmsfällen Visa erhalten.

Ich möchte hinzufügen, daß die Berechnung der Halbjahrsquote für Arbeitereinwanderung auf der Basis der Aufnahmsfähigkeit des Landes erfolgt. Der High Commissioner hat betont, daß er bei seiner Entscheidung den Faktor der uneralubten Einwanderung mit berücksichtigt hat. Man wird bald einsehen, daß die Herabdrückung der unerlaubten Einwanderung auf ein Minimum im Interesse aller liegt. Die Zahl der zuzulassenden Einwanderer muß von der Aufnahmefähigkeit des Landes abhängig sein und diese zu beurteilen, ist Sache des High Commissioner. Es leuchtet ein, daß es wünschenswert ist, daß zur Einwanderung solche Personen zugelassen werden, die nach dem normalen Ausleseprozeß den erlaubten Weg einhalten.

Ich bin überzeugt, daß der High Commissioner bei der Durchführung dieser Politik von allen Seiten unterstützt werden wird.

Mandatskommission behandelte nicht Palästina-Fragen

Genf. Die Herbsttagung der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes wurde beendet. Die Kommission beschäftigte sich während dieser Tagung mit keiner das Palästina-Mandat betreffenden Frage. Die seit der vorigen Tagung vorliegende Petition der Agudas Israel betreffend das Gemeindegesetz in Palästina, sowie zwei palästinensisch-arabische Petitionen von geringer Bedeutung werden anläßlich der nächsten im Juni 1934 stattfindenden Tagung der Mandatskommission in Behandlung gezogen werden.

Araber ausgewiesen

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Liste von Ausgewiesenen. Von 33 ausgewiesenen Personen sind 28 Araber.

Untersuchung im Fall Arlosoroff:

Verteidiger zerpflücken Anklage

Kein Beweis gegen Stavsky

Jerusalem, 7. November. (JTA). Bei der am 7. November durchgeführten Verhandlung im Untersuchungsverfahren gegen Stawsky und Genossen hielt Stawskys Verteidiger, Rechtsanwalt Kaisermann, eine Rede, in der er erklärte, von den Belastungszegen seien überhaupt nur Frau Sima Arlosoroff, die Spurensachverständigen und der Polizist Weißberg von Bedeutung. Die Aussagen aller übrigen Zeugen seien wertlos. Hierauf unterzog Rechtsanwalt Kaisermann die Aussage von Frau Arlosoroff einer Analyse und wies auf offenkundige Fehlbeobachtungen hin, die er auf ihre Erregung zurückführte. So habe sie z. B. angegeben, sie habe das Repetiergeräusch der Pistole gehört, während, nach dem Projekt zu urteilen, der Schuß aus einem russischen Trommelrevolver abgegeben wurde. Auch die Identifizierung auf Grund von Haltung und Aussehen entkräftete der Anwalt dadurch, daß er darauf hinwies, daß ein Mann, der gegen das aus der Richtung von Jaffa kommende Licht sich bewegte, von hinten nicht erkannt werden konnte.

Hauptanklage gegen Achi Meïr zusammengebrochen

Jerusalem, 10. November (JTA). Der Verteidiger Abraham Stawskys setzte am 8. November sein am Vortage begonnenes Plaidoyer fort. Er verlangte die Freilassung Stawskys mit der Begründung, daß gegen ihn keine »prima facie«-Beweise vorlägen.

Der Verteidiger Rosenblatts, Benjamini, führte aus, daß bei der Identifizierungsvorführung am 4. Juli vier Personen als Täter bezeichnet wurden, während Rosenblatt erst am 23. Juli verhaftet worden sei.

Der Verteidiger Achi Meirs Dr. Zwi Cohen legte dar, daß in der Untersuchung keine Beweise für die Mittäterschaft Achi Meirs erbracht werden konnten und daß aus den vor Gericht verlesenen Aufzeichnungen Achi Meirs zu ersehen gewesen sei, daß er individuellen Terror ablehne.

Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, die gegen Achi Meir erhobene Anklage auf Grund von Artikel 4 des Strafgesetzes fallen zu lassen, da dieser Artikel von der Voraussetzung ausgeht, daß eine der Verschwörung zu einem Verbrechen angeklagte Person bei der Ausführung des Verbrechens zugegen sein muß, was bei Achi Meir nicht zutrifft. Zwei andere Anklagepunkte gegen ihn werden dagegen aufrecht erhalten.

Die Verhandlung wurde sodann vertagt.

Aus Palästina:

Abteilungen der Levante-Messe

Baukonjunktur.

Eine Baumesse, verbunden mit einer Schau vorbildlicher Wohnungs- und Bureau-Einrichtungen, zählt zu den führenden Programmpunkten der Levante-Messe Tel-Aviv 1934. Sicherer Schätzung nach sind allein in Palästina über fünfzehn Millionen Pfund in den letzten zehn Jahren für Bauzwecke ausgegeben worden. Im Hinblick auf diese stark ausgeprägte »Baukonjunktur« des Orients wird die der Tel-Aviver Levante-Messe eingegliederte Baumesse hervorragende Möglichkeiten für die Propagierung neuartiger Baustoffe und Baumethoden bieten und zugleich ein ausgezeichnetes Werbemittel für moderne Wohnungs- und Bureau-Ausstellung sein — von gleich hohem Interesse für die Geschäftswelt wie für das große Publikum.

Die Frau und das Heim.

Eine Modenschau, eine Musterküche, eine vielseitige Ausstellung kosmetischer Erzeugnisse und aller Dinge sonst, die der modernen Frau unentbehrlich sind — das wird der verheißungsvolle Inhalt des »Hauses der Frau« auf der Levante-Messe sein. Das »Haus der Frau« wird eine Muster- und Neuheitsschau all dessen geben, was zum Interessenkreis der Frau, der Familie und des Haushaltes zählt. In diesem Pavillon werden die Besucherinnen die neuesten arbeitsparenden Behelfe und Methoden für den Haushalt kennen lernen und werden sich ebenso über die neuesten Fortschritte der Diätküche unterrichten können wie auch über alles andere Neue im weiten Bereich moderner Fraueninteressen.

Automobilsalon.

Die internationale Interessenvertretung der Kraftfahrzeug-Industrie, das »Bureau Permanent des Constructeurs d'Automobiles« in Paris, hat die autoritative Genehmigung dazu erteilt, daß im Rahmen der kommenden Levante-Messe ein »Automobilsalon« veranstaltet wird. Eine umfassende Uebersicht der großartigen Fortschritte des Kraftwagenbaues in den letzten Jahren wird das Ziel dieser Veranstaltung sein, der im modernen Osten ja eine besondere Bedeutung zukommt. Während die Länder des Mittleren Ostens vor dem Weltkrieg nur über eine Handvoll von Automobilen verfügten — Palästina sogar noch über kein einziges — laufen heute auf den Straßen des Orients täglich 75.000 Kraftwagen. Die Motorisierung des Verkehrs setzt sich hier in erstaunlichem Tempo durch. Selbst die großen Wüsten haben ihren einstigen Nimbus verloren, daß es abenteuerlich, gefährlich und eine Angelegenheit vieler Wochen sei, sie zu bereisen. Täglich durchqueren heute moderne Automobilkarawanen die Wüstenzonen — im Orient der Gegenwart eines der alltäglichsten Dinge der Welt.

Internationale Plakat-Schau.

Als eine für den Orient völlig neue Einrichtung wird eine »Internationale Plakat-Schau« der Levante-Messe eingegliedert sein. Sie wird eine Sammlung hochwertiger Erzeugnisse moderner Reklamekunst vereinigen und sie den Besuchern der Levante-Messe vorführen, unter denen sich die maßgebenden Reklame-Interessenten des gesamten Orients befinden werden. Der starke wirtschaftliche und technische Aufstieg in Palästina und seinen Nachbarländern bringt es mit sich, daß der Bedarf an guten, wirksamen Reklamemitteln ständig zunimmt. Es wird sich daher für die Reklame-Industrien der ganzen Welt hier eine einzigartige Gelegenheit ergeben, mit ihren Erzeugnissen auf dem zukunftsreichen und außerordentlich ausbaufähigen Orientmarkte Fuß zu fassen.

An die Verschleißer und Abonnenten des „Judenstaat"!

Unsere Verschleißer und Abonnenten werden hiemit höflichst ersucht, ihre rückständigen Rechnungen und Bezugsgebühren ehestens zu begleichen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung unseres Blattes eintritt.

Jenen Abonnenten und Verschleißern, die nach wiederholter Mahnung mit ihren Zahlungen im Rückstande blieben, wird die Zusendung ohne weitere Monierung eingestellt werden.
Zur Begleichung der Rechnung bediene man sich der am Kopfe unseres Blattes vermerkten Zahlstellen und Postscheck-Konti.

Adresse für Barzahlungen, Postanweisungen und Bestellungen:

„Der Judenstaat" ‹G. Weitz› Wien, II., Lichtenauergasse 4/19

Administration „Der Judenstaat".

Die diesjährige Citrusernte

Jerusalem, 6. November (J. T. A.) Von Anfang September bis zum 22. Oktober wurden aus Palästina 18.928 Kisten Grape Fruits und 6.809 Kisten Zitronen ausgeführt.

Die Verkaufsgenossenschaft für Produkte jüdischer Siedlungen »Tnuvah« hat während der letzten Saison in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa 30.000 Kisten Grape Fruits abgesetzt und für sie einen Erlös von 10.000 Pfund erzielt.

20 junge Palästinenser sind als Instruktoren für die sachgemäße Verpackung von Zitrusfrüchten nach Cypern berufen worden, um die Verpackung der nächstjährigen Ernte zu überwachen.

Zollermäßigung Grape Fruits nach Polen

Auf der letzten Sitzung der polnisch-palästinensischen Handelskammer wurde berichtet, daß die Regierung den Einfuhrzoll auf Palästina-Grape Fruits um 17% ermäßigt hat. — In derselben Sitzung kam die Frage der Beteiligung Polens an der nächsten Lewante-Messe in Tel-Aviv zur Besprechung. Es wurde beschlossen, einen ständigen polnischen Pavillon aus Eisenbeton auf dem Messegelände erbauen zu lassen. Angesichts des lebhaften Bemühens polnischer Wirtschaftskreise, die Position des polnischen Handels im Nahen Osten zu stärken, wird mit einer großen Beteiligung der polnischen Exportindustrie an der Levante-Messe gerechnet.

Preisausschreiben der Habimah

Das von der Habimah veranstaltete Preisausschreiben für ein Theaterstück, das eine Prämie von 100 Pfund für das beste Stück vorsieht, wurde bis zum 1. Januar 1934 verlängert. Bisher sind bei der Jury, der Chaim Nachman Bialik, Jacob Fichmann, P. Lachower, S. Perlmann, Saul Tschernichowski und zwei Mitglieder des Habimah-Ensembles angehören, 46 Manuskripte eingelaufen. Etwa die Hälfte der Arbeiten stammt von palästinensischen Schriftstellern und ist in hebräischer Sprache abgefaßt. Von Schriftstellern anderer Länder sind Theaterstücke in fünf verschiedenen Sprachen eingelaufen.

Vladimir Jabotinsky:

Gesunde und ungesunde Einwanderung

1.

Die gesündeste Form der Einwanderung ist gerade jene, die die Regierung jetzt unmöglich machen will: die »Touristik«. Der ärgste Leichtsinn, der die Palästinapolitik der Mandatarmacht auszeichnet, ist allem Anschein nach dies, daß sie diese einfache Wahrheit bis nun nicht begriff.

Was kann vom ökonomischen Gesichtspunkt aus gesünder sein, als wenn ein Mensch, der in ein neues Land zunächst als Tourist kommt, dort einige Monate zubringt, sich umsieht, nachfragt, ob er dort passende Arbeit finden kann (oder wenn er vermögend ist, ob dieses Vermögen zur Etablierung einer Existenz ausreicht) und, nachdem er etwas gefunden hat, sich im Lande niederzulassen beschließt? Das ist ja der sicherste Weg, der »Emigrantenauswahl«, zumindest vom »rein ökonomischen« Standpunkt, den die Engländer als einziges Prinzip ihrer Immigrationspolitik anerkennen. Die Tatsache selbst, daß dieser Mensch im Lande auch wirklich Existenz gefunden hat, ist ja der beste Beweis dafür, daß er »rein ökonomisch« dem Lande angepaßt ist und das Land ihm. Außerdem hat er noch ein gewaltiges Plus, gerade vom englischen Standpunkt gesehen. Die Engländer sind ja immer darüber besorgt, daß die berühmte »Aufnahmsfähigkeit« des Landes nicht überschritten werde; aber wenn ein Mensch dort bereits ökonomisch Platz für sich gefunden hat, so ist das ein klares Zeichen, daß er sich ganz genau im Rahmen jener »Aufnahmsfähigkeit« bewegt.

Wenn unsere englischen Partner auch wirklich jene nüchternen Realisten wären, wie sie es uns und der Welt erzählen, so würden sie das schon seit langem begriffen haben und würden gerade die Touristik zum Hauptmittel der »regulierten Immigration« und »der Auswahl passender Immigranten« machen. Uns Zionisten würde das vielleicht nicht ganz und nicht in jedem Fall passen, denn wir wollen ja in Palästina nicht nur »ökonomische«, sondern auch »ideologische« Maßstäbe gelten lassen. Als e i n z i g e Methode der Immigration würden wir die Touristik für unbefriedigend halten. Aber für die Engländer? Mein Liebchen, was willst du noch mehr? Wie kannst du einen noch bessern Weg finden, du realistisches Liebchen, du große Meisterin der Massenkolonisation (du hast zwar seit 50 Jahren vergessen, wie man Massen kolonisiert), wo findest du einen bessern, einen realeren Weg, als eine solche Selbstsiebung, eine fast darwinistische »Selbstauswahl« passender Einwanderer, die sicherlich der Gemeinschaft nicht zur Last fallen werden?

Gerade das will das Liebchen jetzt zerstören. Warum? Weil das Liebchen durchaus nicht realistisch ist; es ist ganz einfach impressionistisch und leichtsinnig, nicht nur in seiner Palästina-Politik, sondern in seiner Politik überhaupt. Wenn die Araber Lärm schlagen, verliert das Liebchen den Kopf und versucht sie stillzumachen, irgendwie und durch irgendetwas, wenn es nur dem arabischen Gaumen schmeckt, und mag das noch so schädlich und noch so dumm von jedem andern Standpunkt aus sein.

2.

Die zweite gesunde Methode der Immigration will jetzt anscheinend die J e w i s h A g e n c y unmöglich machen. Es sieht wenigstens so aus, wenn man den Worten glauben darf, die einer der Agency-Mitglieder in einer Warschauer Zeitung schreibt. Er hat irgendwo ein geheimes Zirkular ausfindig gemacht, in dem steht, daß eine gewisse Gruppe von Arbeitgebern in Palästina sich vielleicht an die Regierung mit der Forderung wenden wolle, eine bestimmte Zahl von bestimmten jüdischen Arbeitern hineinzulassen, die sie, die Arbeitgeber, den Bedürfnissen ihrer Wirtschaften für angepaßt halten. Und dieses gute Agency-Mitglied wird sehr böse und beginnt in aufgeregtem Ton zu sprechen. Zunächst verkündet er, daß die Sache »unmöglich« sei, daß die Regierung solche Arbeiter nicht hereinlassen werde. Dann behauptet er, daß der Gedanke an und für sich eine Art Verbrechen gegen die geheiligte Autorität der Agency darstellt.

Was den ersten Punkt, die Drohung, betrifft, so kann man nur zitieren: »Der Wunsch ist der Vater des Gedankens«. Das Agency-Mitglied möchte es gerne haben, daß die Regierung ablehne, deshalb ist es für ihn ausgemacht, das sie es auch tun wird. Geben wir ihm erstens den Rat, er möge vor allen Dingen nicht die Regierung versorgen. Die steht fest auf der Hut ihrer Interessen, die im Beschränken der jüdischen Immigration bestehen, und sie braucht keine Helfer. Sehen Sie geehrtes Agency-Mitglied, lieber zu, daß von jüdischer Seite hier kein Einfluß aufgewendet wird, um die Sache zu zerstören, passen Sie auf, daß jüdische Ratgeber nicht durch die Hintertür zur Regierung laufen, um ihr ins Ohr zu raunen, sie möge »nein« sagen. Denn an und für sich ist die Prozedur, die in der direkten Anforderung von Arbeitern für bestimmte individuelle Wirtschaften besteht oder für ganze Gruppen solcher Individualwirtschaften (z. B. Getreide, Orangen, Textil usw.) eine ganz gesetzliche Prozedur, vorgesehen sogar in den bestehenden Immigrationssatzungen.

Zweitens kann ich das Agency-Mitglied beruhigen, daß er sich in seiner Prophezeiung irrt. Die Methode der direkten Arbeiteranforderung wird zugelassen werden und sein frommer Wunsch wird da nicht helfen; und wenn ich das sage, so weiß ich, was ich sage. Ja, wenn ein Mensch die Taktlosigkeit zeigt, ein g e h e i m e s Zirkular auszunützen und eine solche Sache in die Welt hinauszuschreien, in einem Augenblick, da die Regierung sich vor den Arabern fürchtet und von jeder Andeutung an die Möglichkeit einer weiteren Einwanderung abrückt, so kann das in der Tat schaden, in dem Sinne schaden, daß die Regierung morgen mit der feierlichen Versicherung auftritt »sie habe nicht einmal die Absicht, auch nur daran zu denken«. Aber selbst eine solche Deklaration, wenn sie kraft der schönen Denunziation morgen erscheinen sollte, wird nichts anderes als ein Stück jener impressionistischen Diplomatie abgeben, mit der sich diese impressionistische Regierung so gern vergnügt. Die direkte Anforderung von Arbeitern ist eine Notwendigkeit, die nicht umgangen werden kann: s i e k o m m t u n d m u ß k o m m e n.

Denn die direkte Anforderung von Arbeitern durch die Arbeitgeber selbst ist eine sehr gesunde Methode der Installierung der Immigration: eine der gesündesten. Erstens gibt sie dem Arbeitgeber die Möglichkeit, gerade jenen Typ von Arbeitern zu bekommen, den er sucht. Und darin sehe ich keineswegs eine Sünde. Die »Arbeitgeber« sind auch Menschen und auch Juden. Viele von ihnen sind in Palästina seit Jahrzehnten, haben die ersten bitteren türkischen Jahre durchlitten und so ehrlich verdient, daß auch sie einmal die Möglichkeit haben, solche Arbeiter zu bekommen, die sie als Zionisten behandeln und nicht als bluttrinkende Kanibalen. Zweitens bringt die direkte Anforderung (vom Standpunkt des Arbeiters selbst) zum erstenmal die Möglichkeit, aus der ganzen unglücklichen Sache »Hachscharah« etwas Nützliches zu machen. Wenn die direkte Anforderung Wurzel schlägt, so wird jede Gruppe von Chaluzim wissen, daß sie in nächster Zukunft zu einer bestimmten Art von Arbeit angefordert werden wird — ein Teil für Landwirtschaft, ein Teil für Tischlerei, ein dritter Teil für Buchbinderei, und so werden sie sich für den bestimmten Zweig vorbereiten können d. h. wirklich »vorbereiten«. Denn die heilige Hachscharah, die sich für alles und eigentlich für nichts trainiert ist einfach, und das wissen alle, ein bitteres Gelächter.

3.

Was nun die heiligen Rechte der Jewish Agency betrifft, die ihr Monopol auf die Zertifikatenverteilung beschützen will, so ist die Zeit gekommen, darüber ein ernstes Wort zu sprechen. Ich würde nicht damit einverstanden sein, daß »Touristik« und direkte Anforderung durch die Arbeitsgeber für uns die e i n z i g e Methode der Einwanderunsinstallierung würde. Ich würde auch nicht einverstanden sein, daß die Rolle der Agency ganz aufhört, daß ihr das Recht auf eine gewisse Zahl von Zertifikaten genommen werde. Aber von hier zum heutigen Agencymonopol führt ein weiter Weg, u n d d i e s e s M o n o p o l m u ß e i n E n d e n e h m e n.

Die Jewish Agency ist eine Parteiinstitution. Wenn einmal die Zeit gekommen sein wird, da man einerseits die nicht-zionistischen Partner los sein wird und andererseits die Zionistische Organisation in eine freie Konföderation autonomer zionistischer Körperschaften verwandelt haben wird, die ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch Ausgleich und nicht durch Majoritätszwang ordnet, dann wird auch die Alijah als eine der »gemeinsamen Angelegenheiten« betrachtet werden können. Die Verteilung der Zertifikate kann dann nach Gerechtigkeit und nicht kraft zufälliger Mehrheiten vorgenommen werden. Das ist aber noch ein ferner Traum (obwohl wir das in Prag in unserer Resolution über »Disziplin« vorgeschlagen haben; der Kongreß lehnte es aber ab). Beim gegenwärtigen Zustand der Jewish Agency ist die Prozedur der Zertifikatenverteilung ein steter Skandal von Ungerechtigkeit auf Schritt und Tritt, und das ist auch bekannt.

Was in den Palästina-Aemtern vorgeht, muß nicht beschrieben werden. In den Monaten, da sie funktionieren, wird im Zusammenhang mit ihnen nur von »Koalitionen« gesprochen, Koalitionen zur Schaffung von Mehrheiten, die den Minderheiten die Zertifikate zu nehmen haben. In einigen Ländern macht man das noch einfacher — man wirft die Minderheiten hinaus, um mit den Zertifikaten nach Belieben verfahren zu können. Das ist heuer z. B. in Litauen und in Frankreich geschehen. Ich fürchte, daß die beleidigten Minderheiten sich mit dem schönen Gedanken trösten: »Wartet nur, nächstes Jahr haben vielleicht w i r die Mehrheit, dann werden wir e u c h die Zertifikate nehmen«. Ich muß eingestehen, für meinen persönlichen Geschmack ist das kein Trost; ein Zigeunerjahrmarkt bleibt häßlich, wer immer dort verliert oder gewinnt.

Nicht nur die lokalen Organe, auch die zentralen Instanzen der Agency haben sich daran gewöhnt, die Zertifikate als Parteieigentum zu betrachten. Während der letzten Kongreßwahlen drohte die Agency, daß jener Partei keine Zertifikate gegeben werden, die gegnerische Versammlungen »sprengt«. Heute lese ich wieder, daß der Parteirat einer zionistischen Organisation in einem der wichtigsten Länder eine so lautende Resolution gefaßt hat: »Der Parteirat ist der Ansicht, daß die Kandidaten für die Alijah nach Palästina in Anbetracht ihrer Leistungen für unsere Fonde ausgewählt werden müssen und fordert die Vertreter des zentralen Palästina-Amtes auf, darüber zu wachen, daß dieses Postulat verwirklicht werde«. Das bedeutet: wenn auch ein bestimmter Fond nur die Partei A unterstützt, so muß die Partei B für ihn arbeiten, da sonst ihre Chaluzim nicht nach Palästina gelassen werden.

Das ist nicht nur häßlich, das ist auch vollkommen ungesetzlich. Niemand hat ein Recht, vom Verhalten einer Partei bei Wahlversammlungen und auch nicht von der Unterstützung eines Fonds die Einwanderungserlaubnis abhängig zu machen, eines Fonds, den viele von uns ausgesprochener Parteilichkeit beschuldigen. Man darf nicht einmal die Zugehörigkeit zur zionistischen Organisation überhaupt als Bedingung stellen. Aber solange das Monopol in den Händen der Agency verbleibt und solange die Agency so konstruiert ist wie heute, werden diese Ungerechtigkeiten nicht beseitigt werden können. Je rascher man nun dieses Monopol bricht, um so besser. Ist das klar?

Araber-Propaganda in Genf

Genf. Gleich nach Ausbruch der Unruhen in Palästina haben die Araber eine ziemlich r e g e P r o p a g a n d a t ä t i g k e i t i n G e n f entfaltet. Außer einem Aufruf der »Syrischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte« wurden von den Arabern werschiedene Zuschriften an die Redaktionen der hiesigen Presse gerichtet, in denen sie ihre bekannten Anklagen gegen den Zionismus und die Mandatarmacht vorbrachten. Diese arabischen Zuschriften wurden jüdischerseits im »Journal des Nations« und im »Le Moment« durch den Völkerbundkorrespondenten Dr. M. K a h a n y in Artikeln und Briefen an die Redaktionen in entsprechender Weise widerlegt. Dr. Kahany wies in seinen Artikeln insbesondere auf die unleugbaren großen Vorteile hin, die die arabische Bevölkerung Palästinas der jüdischen Einwanderung und Arbeit zu verdanken hat. — In ihrer Propaganda schrecken die Araber selbst vor rein a n t i s e m i t i s c h e r H e t z e nicht zurück. So verbreitet z. B. ein Verein arabischer Studenten an der Genfer Universität einen »Aufruf an das Weltgewissen», in dem es u. a. heißt: »Christen! Die Juden, die, obwohl aus Deutschland verjagt, immer noch die Geschichte Europas in ihrer Gewalt haben, sind in die Heimat des Erlösers eingebrochen und besudeln das Grab der Heiligen Jungfrau. Sie versuchen, sich ein Königreich im Heiligen Lande zu schaffen, das sie einstens erobert, aber es zu behalten nicht vermocht und nicht verdient haben«. Der Aufruf wurde in Hunderten von Exemplaren an die Presse, an internationale Institutionen und an Einzelpersonen verschickt.

Leo Motzkins Bestattung in Paris

Paris, 10. November. Am 9. November wurde Leo Motzkin in Paris unter ungeheurer Teilnahme der Judenheit der französischen Metropole zu Grabe getragen. Die Bestatung war eine vorläufige, denn das Motzkin-Trauerkomitee trifft bereits Vorbereitungen zur U e b e r f ü h r u n g d e r s t e r b l i c h e n R e s t e M o t z k i n s n a c h P a l ä s t i n a. Die Ueberführung soll im Januar 1934 geschehen. Vor dem Trauerhause in Paris waren viele Hunderte Trauernde versammelt, auf dem Friedhofe war die Trauermenge auf einige Tausend Menschen angewachsen. Vertreter der Zionistischen Exekutive, zionistische Führer aus Paris und dem Auslande schritten hinter dem Sarge, der in die zionistische blau-weiße Fahne gehüllt war. Auch am Trauerzuge wurden viele blau-weiße Fahnen getragen, die sich dann vor dem offenen Grabe senkten.

Die religiöse Trauer-Zeremonie leitete der einstige Petersburger Oberrabbiner und jetzige Rabbiner der russisch-jüdischen Gemeinde in Paris, Eisenstadt. Trauerreden am offenen Grabe hielten das Mitglied der Zionistischen Exekutive Jizchak G r ü n b a u m, Isaac N a i d i t s c h im Namen des Zionistischen Aktions-Komitees, Dr. Nahum G o l d m a n n im Namen der Exekutive des Jüdischen Weltkongresses und des Comité des Délégations Juives, Berl K a z e n e l s o n im Namen des Waad Leumi, Adv. Léonce B e r n h e i m im Namen der französischen, Chefredakteur Dr. M a r g o s c h e s im Namen der amerikanischen und Dr. S c h m o r a k im Namen der polnischen Zionisten.

Unrechtmässiges Zertifikaten-System

Die Besonderheit des Revisionismus im jüdischen nationalen Leben besteht darin, daß die Revisionisten bestrebt sind, die für das Judentum relevanten Tatsachen rechtzeitig zu erkennen, sie zum Nutzen der nationalen Bewegung zu gebrauchen oder die in diesen möglicherweise ruhende Gefahr abzuwenden, das heißt, politisch zu handeln. Das jüdische Volk aber kann scheinbar trotz jahrelanger Mahnung nicht aus seiner politischen Apathie gerissen werden, aus der jahrhundertealten Tradition, politisches Objekt zu sein, erst auf bereits vollzogene Tatsachen zu reagieren.

Der Stoß vor die Brust, den England durch die dreitausend Zertifikate hunderttausenden Juden versetzt hat, war scheinbar erst notwendig, um die revisionistischen Versammlungen, in denen über das Zertifikatensystem gesprochen wird, zu überfüllen. »Was haben die Revisionisten, als wir nicht hinhörten, seit Jahren in diesem Punkte zu sagen gehabt? Haben sie wieder einmal recht gehabt?«

Seit seinem Bestande hat der Revisionismus für die Abschaffung des Zertifikatensystems gekämpft, nicht erst, als Hunderttausende nach Palästina wollten, sondern schon damals, als man mit diesem System sein Auskommen finden zu können glaubte, als im Jahre einige tausend Chaluzim einwanderten. Der Revisionismus tat es in der Voraussicht, daß das Zertifikatensystem für das Judentum zum Fallstricke werden kann und in der Ueberzeugung von der Unrechtmäßigkeit des Systems.

Die Unrechtmäßigkeit soll hier noch einmal nachgewiesen werden. Rechtmäßig wäre eine Beschränkung unserer Einwanderung nach Palästina dann, wenn sie mit der Mandatssatzung, bezw. ihren Grundlagen, dem Art. 22 des Völkerbundpaktes (VBP) und der Balfourdeklaration vereinbar wäre. Die Begründung dieser Beschränkung war immer die Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage der übrigen Bevölkerung Palästinas, das heißt der Araber, die gesetzliche Handhabe angeblich der Artikel VI der Mandatssatzung. Ein Blick auf diesen Artikel genügt, um sich von der Unmöglichkeit, die Einwanderungsbeschränkungen auf ihn zu stützen, zu überzeugen. »Die Verwaltung soll (unter der Sicherung, daß die Rechte und die Lage anderer Teile der Bevölkerung nicht beeinträchtigt werdn, die jüdische Einwanderung erleichtern. . .« Also geradezu das Gegenteil! Die Palästinaregierung ist nach dieser Gesetzesstelle verpflichtet, die jüdische Einwanderung zu erleichtern, und falls sie das tut, dann soll sie auf die übrige Bevölkerung Rücksicht nehmen. Aber nur soweit es die Erleichterung der Einwanderung betrifft, nicht die Einwanderung selbst. Daß die englische Mandatarmacht oder die Palästinaregierung die Einwanderung bisher erleichtert habe, kann wohl niemand behaupten. Sonst gibt es im Palästinamandat keine Stelle, die eine Beschränkung der jüdischen Einwanderung gestatten würde; die einzige, die von einer Beschränkung spricht, bedeutet — wie wir gesehen haben — die allfällige Beschränkung einer Einwanderungserleichterung, zu der, dies kann nicht oft genug betont werden, die Mandatarmacht verpflichtet ist, und nicht eine Beschränkung dieser Einwanderung selbst. Sie wäre auch widersinnig in einer Satzung, deren Präambel die »Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina« und die »Wiederherstellung seiner nationalen Heimstätte« feierlich proklamiert.

Nun zu den Grundlagen dieser Mandatssatzung. Die Balfourdeklaration besagt »es dürfe nichts geschehen, was die bürgerlichen (civil) und religiösen Rechte der bestehenden, nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigen könnte«. Kein Wort also über die wirtschaftliche Lage oder über nationale Rechte. Was nun den Art. XXII VBP betrifft, so ist es heute allgemeine Rechtsansicht, daß dieser Artikel mit Rücksicht auf die Balfourdeklaration und die Mandatssatzung bezüglich des Palästinamandates nur so interpretiert werden kann, daß, wo dieser Artikel von »Völkern« spricht, darunter nur »das jüdische Volk in seiner anerkannten, historischen Verknüpftheit (historical connection) mit Palästina verstanden werden kann. In diesem Sinne müssen wir uns einer in unserem eigenen Interesse gelegenen Bevormundung fügen. Diese Bevormundung kann jedoch niemals in der Beschränkung unserer erworbenen Rechte bestehen, sie darf aber auch nicht praktisch auf eine Entmündigung hinauslaufen, sondern muß im Sinne des Absatzes 4 des Art. XXII sich auf unsere »Beratung und Unterstützung durch den Mandatar« beschränken.

In diesem Sinne ist es deshalb stets eine der primären Forderungen des Revisionismus gewesen, daß »das Zertifikatensystem restlos abgeschafft, der gesamte Fragenkomplex der jüdischen Immigration nach Palästina der ausschließlichen Zuständigkeit der Jewish Agency, unter Kontrolle der Mandatarmacht, anvertraut werde« (Schechtmann, Der Judenstaats-Zionismus).

Bis zur Herbeiführung dieses für uns selbstverständlichen Zustandes gibt es für uns nach dem oben Gesagten nicht den Begriff der »illegalen Einwanderung«. Illegal ist vielmehr die Beschränkung der Einwanderung, illegal das Zertifikatensystem, illegal wenn man Juden, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, als Verbrecher behandelt, sie ins Gefängnis wirft und abschiebt.

Dies der Welt vor Augen zu führen, gehört mit zum Programm der revisionistischen Weltunion für die nächste Zeit.

Dr. Philipp Fried.

Jüdische Kolonisation an der Syrischen Grenze

Paris. Auf der Rückreise von Palästina nach Nordamerika hielt sich der bekannte amerikanische Zionist Ab. Goldberg einige Zeit in Paris auf und machte dem JTA-Vertreter Mitteilungen über die geplante jüdische Siedlung an der syrisch-palästinensischen Grenze, über die syrische Zeitungen berichtet haben. Ab. Goldberg hat aus Palästina eine von dem Bevollmächtigten einer bekannten syrischen Familie, deren Oberhaupt der Präsident des syrischen Parlaments ist, unterzeichnete Option auf 300.000 Dunam Land, von denen 95.000 Dunam für Zitruskultur geeignet sind, mitgebracht. Als Durchschnittspreis werden pro Dunam zwei Pfund gefordert. Von dem für Zitruskultur geeigneten Boden kostet ein Dunam 3 Pfund. Es handelt sich um den Landstrich, der im Buch Josuah unter dem Namen »Golan« erwähnt wird und jetzt Dscholan heißt. Er liegt nördlich des Tiberiassees und grenzt im Nordwesten unmittelbar an Palästina. Gegenwärtig sind Verhandlungen mit Pariser und Londoner Gruppen über den Ankauf des angebotenen Landstrichs im Zuge. Mit der französischen Mandatarmacht und den syrischen Behörden werden Verhandlungen betreffend die politischen Vorbedingungen der Kolonisation geführt.

Die Universität Jerusalem

London. Das Kuratorium der Hebräischen Universität zu Jerusalem hat eine Kommission eingesetzt, die demnächst nach Jerusalem entsandt werden soll, um eine genaue Untersuchung der organisatorischen und technischen Verhältnisse an der Universität durchzuführen und Pläne für ihren weiteren Ausbau, insbesondere im Hinblick auf die geplante Berufung deutsch-jüdischer Gelehrter an die Universität auszuarbeiten. Die Kommission besteht aus den ehemaligen Vizekanzler der Universität Dacca und Vorsitzenden des Erziehungskomitees der India Statutory Commission Sir Philip Hartog, Prof. Louis Ginzberg vom Jewish Theological Seminary New York und den ehemaligen Direktor des Pathologischen »Instituts der Londoner Klinik und jetzigen Leiter der Psychopathologischen Forschungsstelle der Universität Cambridge Dr. Redcliffe-Salaman.

Auf Grund des Berichtes dieser Kommission wird das Kuratorium die notwendigen Maßnahmen zur Reorganisierung der Universität treffen. Es verlautet, daß mit der Entsendung der Kommission gleichzeitig auch Wünschen entsprochen wird, die in Besprechungen der Vertreter der Universität mit Professor Einstein geäußert wurden. Die künftigen Beziehungen Einsteins zur Universität werden in hohem Maße von den Ergebnissen der bevorstehenden Untersuchung und den auf Grund dieser einzuleitenden Reformen abhängig sein.

Ansiedlung von Juden in der Türkei?

Paris. Die Havas-Agentur, die Polnische Telegraphen-Agentur und andere Nachrichtenzentralen verbreiten die Meldung, daß zwischen der Jewish Colonisation Association (JCA) und der türkischen Regierung Verhandlungen über die Ansiedlung von mindestens 100.000, beim Gelingen des Planes sogar von 300.000 Juden auf türkischem Territorium geführt werden. Die türkische Regierung werde laut Havas Ende dieses Monats sich zu diesem Plan offiziell äußern. Das für die Siedlung in Aussicht genommene Gebiet sei sowohl klimatisch, als auch in Bezug auf Bodenbeschaffenheit für Siedlungszwecke sehr geeignet.

Von keiner jüdischen offiziellen Seite liegt bis jetzt irgendeine bestimmte Aeußerung über einen solchen Siedlungsplan vor.

Biro Bidschan eine „geplatzte Seifenblase“

Paris. Im jiddischen Kulturklub »Scholem Alejchem« hielt der Redakteur der New Yorker sozialistischen Tageszeitung »Forward« Harry Lang, der eine Studienreise nach Sowjetrußland unternommen hatte und sich jetzt auf der Rückfahrt nach New York befindet, einen Vortrag über die Lage der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion.

In der Ukraina, in Weißrußland und der Krim ist der Grad des jüdischen Elends und der Verzweiflung so groß geworden, daß in den jüdischen Massen das Gefühl vorherrscht, nichts mehr zu verlieren zu haben und darum nichts mehr befürchten zu müssen. Die Not auch bei denjenigen Juden, die in den Produktionsprozeß eingefügt sind, übersteigt jede Vorstellung. Hungerödem und Hungertod sind alltägliche Erscheinungen.

Etwas besser haben es die Juden in den Kolonien der Ukraine und der Krim, aber die Zwangsabgaben an den Staat, der Neid der Nachbarn, die ewigen Reibereien mit den staatlichen Organen erschweren das Dasein und verbittern das Leben auch dort. Von Biro-Bidschan, das jetzt infolge der kriegerischen Spannung zwischen der Sowjetunion und Japan eine besondere Beachtung erlangt, weil es an der Grenze gegen Mandschuko liegt, spricht man in jüdischen Kreisen des europäischen Teiles der Sowjetunion überhaupt nicht. Die meisten Auswanderer nach Biro-Bidschan sind zurückgekehrt und erzählen über dort herrschende unerträgliche Verhältnisse. Jedenfalls nimmt, trotz »Emes« und anderer jüdischer Zeitungen, kein Jude in der Sowjetunion den Plan, in Biro-Bidschan ein jüdisches Gemeinwesen zu schaffen, ernst. Die Seifenblase Biro-Bidschan ist geplatzt. Das ist die allgemeine Meinung der Juden in Sowjetrußland.

Die Juden in den Städten Jugoslaviens

Belgrad. Nach der neuen offiziellen Statistik leben heute in Jugoslavien rund 70.000 Juden, d. s. 0,5% der Bevölkerung. In den Städten bilden die Juden 2,88% der Bevölkerung. Ihre relative Zahl ist am höchsten in Bitolj (Monastir), wo die sephardischen Juden 12% der Bevölkerung ausmachen. In Sarajevo leben 7619 Juden und bilden 11% der Bevölkerung, in der Hauptstadt Belgrad 7906 Juden /3%, in der zweiten Landeshauptstadt Zagreb leben 8702 Juden /5%, in Osijek (Esseg) 2445 (6,0%), in Subotica 3758 Juden 3,7% in Novisad (Neusatz) 3135 Juden, in Ljubljana (Leibach) 93 Juden. Die größte jüd. Gemeinde ist in Zagreb (Agram).

Jom Kippur allgemeiner Feiertag in Saloniki

Saloniki. Der Staatsanzeiger veröffentlicht einen offiziellen Erlaß des Gouverneurs von Saloniki, dem gemäß der Tag des jüdischen Versöhnungsfestes, Jom Kippur, der siebente jährliche Staatsfeiertag ist; ebenso wie an den sechs übrigen Staatsfeiertagen müssen auch am Jom Kippur in Saloniki alle Läden, jüdische und nichtjüdische, geschlossen bleiben. Die Anregung zu diesem Erlaß gab ein Beschluß der Handelskammer von Saloniki. Es ist dies der erste Fall, daß in einem christlichen Staat ein jüdischer Feiertag als allgemeiner Feiertag proklamiert wird.

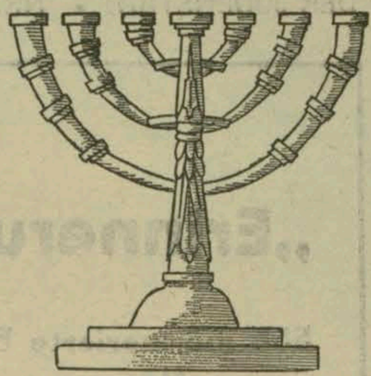
Deutsches Recht und Juden

Berlin, (JTA). Die dem Reichsjustizminister Dr. Frank sehr nahestehende »Juristische Wochenschrift« fordert unter der Ueberschrift »Juden im Strafrecht«, daß im deutschen Strafrecht die Juden mit anderem Maße gemessen werden sollen als die Arier, da die Juden zweimal so viel Verbrechen begehen wie die Arier. Die Strafe für jüdische Verbrecher müsse härter sein als die für nichtjüdische. Die Zahl jüdischer Betrüger sei doppelt so groß als die nichtjüdischer ,und die Zahl jüdischer Bankrotteure mache sogar das Zwanzigfache der nichtjüdischen Bankrotteure aus. Die Behauptungen der »Juristischen Wochenschrift« basieren auf dem soeben erschienen Buch von Walter Pötsch »Die jüdische Rasse und ihre Verbrecher«, das mit ganz willkürlichen Ziffern operiert.

Berit Trumpeldor

Beilage des „Judenstaat“

Erscheint vierzehntägig | Nr. 4 | Herausgeber: Arjeh Köppel



Schlusswort zur Betarkonferenz in Polen

Sie kam zur rechten Zeit, diese Konferenz des Betar in Warschau. Heute herrscht im Zionismus Uebergangsstimmung. Der Kongreß trug einen traurigen Charakter. Die neue Konjunktur für »Zionismus« kündigt sich flau an. Nur ein Lager ist frohgemut und hoffnugsvoll — Hazohar und Betar. Eine neue Generation ist aufgestanden, die Betargeneration. Das hat die Konferenz klar gezeigt. Der Berit Trumpeldor ist im jüdischen Volke nicht mehr einsam wie in früheren Jahren. Es zeigt sich bereits das Verständnis und die Sympatie für das, was er der zionistischen Bewegung gebracht hat. Das Wort Disziplin, bislang bei den Juden nur ein abstrakter Begriff, ist durch den Betar zu Blut und Fleisch geworden. Der Massenjude sogar empfindet heute die Fähigkeit, eine tausendköpfige Menge durch ein Wort, durch eine Handbewegung zu beherrschen, als schön. Das hat der Betar bewirkt. Ein Zeichen von Reife ist die erfreuliche Tatsache, daß auf der Konferenz nicht deklamiert wurde, sondern, daß die vitalen Angelegenheiten der Bewegung und die brennenden Fragen des ganzen Volkes mit vollem Ernst behandelt wurden. Zunächst die Lage der deutschen Juden und die Proklamierung des Abwehrkampfes.

Es war eine zionistische Konferenz, ein nationaler Feiertag — das mußten auch die Gegner einbekennen. Wer hatte im Zionismus den Mut, dem Zertifikatensystem den Krieg zu erklären, wenn nicht der Betar? Aus einer Not wurde eine Tugend gemacht. Der Klassen-Zionismus hat in den letzten Jahren die jüdischen Hirne verdunkelt und den Blick von der traurigen Wirklichkeit durch das Zertifikaten-Opium abgelenkt. Das brachte dem Zionismus großes Unglück. Die Jugend wird dadurch demoralisiert, wird konjunkturzionistisch, ihr Ideal wird entheiligt. Die Gier nach nach einem Zertifikat ist so groß, daß ein Bedingungs-Zionismus entsteht: ist die Chance da, ein Zertifikat zu erhalten — gut, wenn nicht — wozu noch Zionismus?

Das ist das »Verdienst« der Klassenkampf-»Histadruth«, die aus der Hachscharah eine billige Konkurrenz unter den verschiedenen Organisationen machte, nur um alle Zertifikate in ihre Hand zu bekommen.

Es drohte, daß auch der Betar der Zertifikatenjagd unterliege. Der Konferenz wurde ein Vorschlag über obligatorische Hachscharah vorgelegt, damit die Jagd nach dem Zertifikat mitgemacht werden könne. Dieser Sieg »viele Zertifikate« wäre zu teuer erkauft, er würde die Verleugnung unseres zionistischen Prinzips bedeuten, demgemäß wir rechtzeitig den idealen Bürger des künftigen jüdischen Staates und den Pionier für den heutigen Kampf vorzubereiten haben. Dazu ist eine systematische und gründliche Vorbereitung nötig, aber nicht durch eine Hachscharah-Fiktion. Die Konferenz war reif genug zu erklären, daß wir diesen Weg, den Weg des geringsten Widerstandes, nicht beschreiten wollen. Der Vorschlag einer verpflichtenden Hachscharah Mikzoit in ihrer heutigen Karikaturform ist abgelehnt worden. Reformierung der Hachscharah, Schaffung des Typus eines bewußten und treuen Zionisten — das hat sich die Konferenz zur Aufgabe gesetzt.

Es ist überdies ein origineller Gedanke aufgekommen, der heute noch, wie viele andere unsere Pläne, phantastisch und utopisch aussieht: Eroberung des Meeres für jüdische Expansion in Erez Israel. Das Meer besitzt ungeheure politische und ökonomische Bedeutung für Palästina. Eroberung des Meeres für Handelszwecke, die Schaffung eines neuen Verbindungsmittels durch jüdische Hände ist eine kühne Pionieraufgabe. Das versenkte Körnchen ist fruchtbar aufgegangen. Der Betar wird den Gedanken propagieren und verwirklichen.

Der Vertreter des Irgun und der Pelugat ha Awoda — die ersten Palästinaabgesandten unserer Bewegung — vermittelten der Konferenz ein Stück palästinensischer Wirklichkeit. Es war gut, daß die Konferenz einen direkten Gruß von der Palästina-Front hören durfte, von dort, wo der betarische Ole eine doppelte Aufgabe hat: den Kampf für Arbeitspositionen, gegen innere Korruption und den Kampf gegen das antisemitische britische Regime. Der Betar ist im Lande oft nicht nur dem Hunger preisgegeben, sondern auch dem Kerker.

*

Die zionistische Welt erwartete mit gewisser Spannung die Resultate der Diskussion im Betar über den Keren-Kajemeth. Von revisionistischer Seite ist ein Boykott der Fonde nicht proklamiert worden, aber die Beunruhigung in den Kreisen der revisionistischen Führer nimmt zu. Viele Kenanim vernachlässigen letztens die K. K. L.-Arbeit in ihren Städten, und man muß zugeben, daß ein Boykott des Betar in Polen für den Nationalfonds ein schwerer Schlag wäre. Die Leitung des K. K. L. in Polen hat — milde ausgedrückt — die große Unvorsichtigkeit begangen, keinen Vertreter zur Eröffnungssitzung zu entsenden. Die Tatsache, daß keine der »neutralen« Institutionen (K. K. L. K. H. und Tarbut) die Konferenz durch einen Vertreter begrüßen ließ, erregte peinliches Aufsehen. In der Diskussion überwog die Stimmung zum Boykott aufzurufen. Die berechtigten Klagen, daß die jerusalemer K. K. L.-Zentrale die Forderungen der Betararbeiter nicht befriedigte, wiewohl der Betar in den letzten Jahren in der Sammeltätigkeit an erster Stelle steht, die Nachrichten, die vom Ueberfall des »Haschomer-Hazair« auf die Betar-Peluga in Chedera einlangen, auf den die höheren Instanzen nicht reagierten und schließlich die jüngsten Ereignisse im Zionismus (Mordbeschuldigung und Kongreß) haben das Gleichgewicht erschüttert und den Boykott zur Sprache gebracht. Das Präsidium ließ eine Boykottresolution nicht zu, da diese Angelegenheit keinen lokalen Charakter trägt und der Shilton-Betar seine Stellung zum K. K. L. nicht geändert hat. Aber die Diskussion muß für jene ein starkes Memento sein, die heute die Herrschaft ausüben, und vom großen »Sieg« berauscht sind.

Die Konferenz war auch nach innen Beweis, daß unsere Bewegung reif und fruchtbar ist.

A. Remba, (Warschau).

Der rote Terror geht weiter

Tel-Aviv, 9. November. Schon wieder ist über ein neues Ereignis zu berichten, das auf das linke Banditentum in Erez Israel ein bezeichnendes Licht wirft. Mehrere Betarim von der Pluga Patterson des Ken Tel-Aviv, unter ihnen der ehemalige Natziw des deutschen Betar, Dr. Eger, hatten einen Autoausflug am 5. November nach der Betar-Kolonie Herzlia unternommen. Als sie zurückfuhren, stellten sich ihnen in der Ortschaft Herzlia etwa 30 Mitglieder der Histadrut in den Weg und wollten das Auto zum Anhalten zwingen. Da ihnen das nicht gelang, schwangen sich mehrere auf die Trittbretter des Autos und schlugen auf die Insassen los. Einer von ihnen griff in das Steuer und in die Gangschaltung ein. Um ein Haar wäre der Wagen verunglückt. Mit äußerster Kraft gelang es dem Fahrer, das Steuer frei zu bekommen, und den übrigen Betarim die Angreifer vom Wagen zu stossen oder an den Armen festzuhalten. Schon ging es in schnellster Fahrt bis zum Ende der Ortschaft. Hier hielt man, um dem einen der Wegelagerer, der noch auf dem Trittbrett stand, Gelegenheit zum Abspringen zu geben. Sofort aber sammelte sich wieder eine mit Stöcken und Spaten bewaffnete Rotte um den Wagen. Jetzt änderten die Linken ihre Taktik. Sie forderten fünf Pfund für den Keren Arlosoroff und versprachen für diesen Fall feien Abzug! Erst das Eingreifen von berittener Polizei mit vorgehaltenem Revolver machte dem Raubrittertum ein Ende.

Das geschah in der jüdischen Kolonie von Erez Israel, die den Namen Theodor Herzls trägt, und Täter waren die Menschen, die die jetzige Exekutive als die Blüte des Zionismus preist!

H. E.

Aus dem Betar in Erez Israel

Periodische Bulletins der Pelugot Avoda

Tel-Aviv, 24. Oktober.

Die Hanhalat Pelugot ha Awoda gibt ein periodisches Bulletin heraus, welches in das Leben der P. A. und der mobilisierten Betarim lebenstreu zeigen soll. Die Aufgabe dieses Bulletins ist es, den Betarim in der Galut, besonders aber den in Alijah- und Gijuszustand sich befindlichen Chawerim, ein deutliches Bild vom Leben der Pelugot zu geben, von der Arbeit, die sie leisten und vom Kampf, den sie führen. Die Betarim in der Galut sollen nicht nur die Tatsachen kennen, sondern — und das ist die Hauptsache — die Atmosphäre fühlen, die das tagtägliche Leben der Betarim umgibt und den Kampf kennenlernen, der zugleich der Kampf der ganzen Bewegung ist. Die Chawerim sollen — bevor sie durch Taten mit den palästinensischen Betarim verbunden sind — schon durch die Erkentnis mit ihnen zusammenhängen.

Die Betarbeilage des »Judenstaat« wird die Bulletins in einen weiteren Kreis den Betarim durch Publikation zugänglich machen.

Jüdische Arbeit in der jüdischen Wirtschaft

Die jüdische Arbeit ist in Gefahr. In Natania wächst der Umfang der arabischen Arbeit von Tag zu Tag. Der Betar-Peluga im Ort (Ramat Tiomkin) fällt der Kampf dagegen sehr schwer, weil es an jüdischen Arbeitern mangelt, die die Araber ersetzen könnten. Daher unsere Parole: breite, mobilisierte, betarische Alija.

Zum Trotz!

Im »Dawar« erschien ein Leitartikel, welcher das Verbot der Betarbluse in »Tel-Aviv« und in den Kolonien forderte. Die Folge davon ist, daß die Pelugot und die betarischen Arbeiter noch größere Anstrengungen machen, um zu vervollständigen, was an der Mundur fehlt. Die Pelugot verschaffen sich auf eigene Rechnung Uniformen. Mit stolz und Ruhe tragen wir unsere Uniform.

Auf dem Posten für die Ehre des Volkes

Diese Woche kam Chawer Aron Zuckermann, der seinen Gijus in Chederah beendet hatte, aus dm Gefängnis frei, in dem er zwei Wochen für Schofarblasen am Jomkippurausgang bei der Klagemauer saß. Die Regierung wollte die jüdische Jugend abschrecken und ihre Energie im Kampf für die Ehre des Volkes schwächen. Doch sie hat sich geirrt: der Trompetenstoß wird gehört werden.

Auf dem Posten für das Leben des Volkes

Letzten Freitag fand bekanntlich in Jerusalem ein Streik und eine Demonstration der Araber gegen die jüdische Einwanderung statt. Da die Araber verkündeten, daß die Demonstration auch gegen das Verbot der Regierung stattfinden werde, bestand innerhalb des jüdischen Jischuw eine große Spannung. Den Mitgliedern der Pelugot wurde verboten, das Lager während 36 Stunden zu verlassen, und für alle Fälle wurde Bereitschaft angeordnet.

Im Migdal

Vorige Woche wurde das Urteil des Schiedsgerichtes im Konflikt zwischen der Pelugat Awoda des Betar und den Mitgliedern der Histadruth gefällt (dessen Einzelheiten aus der Presse bekannt sind).

Das Urteil ist zu unseren Gunsten ausgefallen, es anerkennt unser Recht die Kolonie zu betreten, wendet sich gegen die wilden Kampfmethoden der Histadrut und betont unser Recht, die Arbeit in der Kolonie fortzusetzen. Es erhebt sich nur die Frage: wird denn immer erst ein Urteil des Gerichts nötig sein, um das Recht des betarischen Arbeiters auf Arbeit in den jüdischen Kolonien anzuerkennen?!

Betartreffen des Galil in Bielitz

Sonntag, den 22. Oktober fand in Bielitz ein Kinus des Betar verbunden mit der Einweihung der Fahne des Ken Bielitz statt. Schon vor 6 Uhr morgens sah man die Betarim, stramme Mädchen und Jungens in ihren Uniformen zum Appell marschieren. Um 9 Uhr waren schon die Kenanim des ganzen Galil im Schließhauspark versammelt, wo der Rapport und die feierliche Uebergabe der Fahne an den Ken durch den Rosch Galil Dr. Wdowinski stattfand. Es war ein feierlicher Moment, als der Mefaked ha-Ken bei Uebernahme der Fahne den Schwur der Treue dem Volke, dem Betar und seinem Führer Jabotinsky ablegte. Nach dem Abspielen der polnischen Nationalhymne und der Hatikwah formierte sich der 500 Leute zählende Zug der Betarim um sich in die Synagoge nach Biala zu begeben, wo eine tausendköpfige Menge einen enthusiastischen Empfang vorbereitet hatte. In der Synagoge wurde ein feierlicher Gottesdienst abgehalten. Die Predigt hielt Rabbiner Dr. Hirschfeld ab, der die Einsegnung der Fahne vornahm. Die Predigt, welcher auch die Vrertreter der Zivil- und Militärbehörden beiwohnten, hinterließ auf allen Zuhörern einen unvergeßlichen Eindruck.

Vom mitteleuropäischen Betarkommissariat

Ketzin ha Shilton Dr. Köppel besuchte den Betar in Muhacevo und hielt dort einen Jom-Galil ab. Die Besprechungen mit den Mefakde-ha-Ken und der Mifkadat ha Galil betrafen den Zustand des Galil und die Richtlinien der künftigen Gestaltung der Arbeit. In einem Bericht an den Rosch-Betar und den Shilton hat Dr. Köppel einige ihm als zweckmäßig scheinende Maßnahmen empfohlen.

Letzte Nachricht:

Briten und Araber fangen „Illegale" ab

Jerusalem, 16. November (Spezialtelegramm des »Judenstaat«). Die Palästinaregierung hat die Durchführung ihrer angekündigten Maßnahmen gegen die jüdische Einwanderung in Angriff genommen. So kreuzt bereits ein Motorboot mit bewaffneter britisch-arabischer Mannschaft längs der Küste, das die ganze Grenzzone nach »Einwanderungsschmuggel« absucht. Die Regierung hat überdies Prämien ausgesetzt für Araber, denen die Auffangung jüdischer »illegaler« Einwanderer gelingt. Auch an den Grenzen Nordpalästinas ist verschärfte Kontrolle eingeführt, die sich eingestandenermaßen nur gegen Juden richtet.

Juden in Karphathorußland

Prag. Nach Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes haben sich in Karpathorußland unter 725.357 Einwohnern 91.255 Seelen zur jüdischen Nationalität bekannt. In der Periode 1921—1930 hat sich die Zahl der zur jüdischen Nationalität sich Bekennenden um 11.540 vermehrt. Die nationalen Juden machen in Karpathorußland 12,8% der Bevölkerung aus.

Auswanderung der jüdischen Ärzte aus Deutschland

Berlin. Die »Berliner Aerztekorrespondenz« teit mit, daß allwöchentlich etwa 20 jüdische Aerzte Deutschland verlassen; 40% begeben sich nach Palästina. Es werden Anstrengungen gemacht, für einen Teil der auswandernden Aerzte Visa nach Amerika zu bekommen, wo sie, sofern sie über genügend Mittel verfügen, nach einem Jahre die Möglichkeit haben, eine ergänzende Prüfung zu machen und sich als Aerzte zu betätigen.

Arierparagraph bei der Reichsbahn

Berlin, (JTA). Die Aenderungen der Personalordnung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft werden jetzt bekantgegeben. Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Frau nicht arischer Abstammung verheiratet ist, darf als Beamter nicht berufen werden. Beamte arischer Abstammung, die mit einer Frau nicht arischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen. Wenn dringende Rücksichten der Reichsbahn es erfordern, kann der Generaldirektor in Einzelfällen Ausnahmen zulassen. In Zweifelsfällen ist über den Begriff »arisch« durch Vermittlung der Hauptverwaltung ein Gutachten des beim Reichinnenminister bestellten Sachverständigen für Rassenforschung einzuholen.

Hebräisches Schulwesen der Tschechoslowakei

Prag. Nach vorausgegangener Unterredung mit dem Schulminister Derer wurde ein Gesuch um Verstaatlichung der hebräischen Volksschule in Mukacevo der zuständigen Regierungsstelle überreicht. Es gibt in der Tschechoslowakei deutsche, rumänische, polnische, ungarische und tschechische, aber keine jüdischen Minderheitenschulen. Die Jüdische Partei ist bemüht, im Wege der Verstaatlichung der Schule in Mukacevo ein Präjudiz zu schaffen für die Verstaatlichung aller hebräischen Schulen in der Tschechoslowakei, deren es jetzt acht, und zwar sieben Volksschulen und ein Gymnasium, gibt. Der Minister versprach, für eine günstige Erledigung zu sorgen.

Jüdischer Hochschulausschuß

Die Hebräischkurse der »Judäa« finden jeden Montag von 6—8 Uhr abends im Zentralheim, IX., Alserstraße 26 statt, woselbst auch weitere Anmeldungen entgegengenommen werden.

Vergünstigungen für die Levantemesse

Wie bereits berichtet, sind im internationalen Reise- und Güterverkehr umfassende Vergünstigungen für die Teilnehmer an der kommenden Levante-Messe Tel-Aviv 1934 (26. April bis 26. Mai) bewilligt worden. Inzwischen sind bei der zuständigen Stelle in Tel-Aviv wiederum zahlreiche Rabatt-Bestätigungen — von 36 Verwaltungen des Bahn-, See- und Luftverkehrs — eingegangen, die in nachstehender ergänzender Uebersicht verzeichnet sind.

Aegypten: »Khedivial Mail«-Linie: Passagier-Rabatt 25% auch auf der Hinfahrt, Messegüter frei zurück; Bulgarien: Staatsbahnen: für Aussteller und Besucher 25% Rabatt auf der Rückreise; »Société Commerciale Bulgare de Navigation«: für Aussteller und Besucher Spezial-Ermäßigungen, für Messegüter freier Transport; Deutschland: Reichsbahngesellschaft: für Aussteller und Besucher in Gruppen von mindestens 12 Personen 33 1/3% Rabatt hin und zurück; Finnland: Staatsbahnen: für Aussteller 50% Rabatt auf der Rückfahrt, für Messegüter 50% Rabatt auf dem Rücktransport; Finska Angfartygs-Linie (Helsingfors): für Messegüter freier Rücktransport; Luftverkehrsgesellschaft: für Aussteller und Besucher 10% Rabatt hin und zurück; Frankreich: Cie. de Navigation Paquet (Marseille): für Aussteller 25% Rabatt hin und zurück, Messegüter frei zurück; Société de Navigation a Vapeur Daher (Marseille): für Messegüter freier Rücktransport; Luftverkehrsgesellschaft: für Aussteller und Besucher hin und zurück 10% Rabatt; Griechenland: Luftverkehrsgesellschaft: für Aussteller und Besucher hin und zurück 10% Rabatt; Großbritanien: Great Western Railway: für Reisende und Messegüter Spezialrabatte; Frachtenkonferenz für Alexandrien und die Syrische Küste: auf allen ihr angeschlossenen Linien für Messegüter hin und zurück 25% Rabatt; Italien: Staatsbahnen: für Aussteller und Besucher 30% Rabatt hin und zurück, für Messegüter 50% Rabatt auf Rückfracht; Lloyd Triestino: Aussteller auf reinem Fahrpreis 25% Rabatt hin und zurück, Messegüter frei zurück; Luftverkehrsgesellschaft: für Aussteller und Besucher 30% Rabatt hin und zurück; Lettland: Staatsbahnen: für Aussteller und Besucher, in Gruppen von mindestens 15 Personen, 25 bis 50% Rabatt hin und zurück, für Messegüter 25% Rabatt hin und zurück; Litauen: Staatsbahnen: für Aussteller 50% Rabatt hin und zurück, für sonstige Besucher 50% zurück, für Messegüter 50% Rabatt hin und zurück; Niederlande: Staatsbahnen: für Messegüter 50% Rabatt zurück; Koninklijke Nederlandsche St.-M. (Nederland-Line): Messegüter 50% Rabatt hin und zurück; Luftverkehrsgesellschaft: auf der Anschlußlinie London—Rotterdam für Aussteller und Besucher 10% Rabatt; Norwegen: Fred Olsen-Linie (Oslo): Messegüter 50% Rabatt hin und zurück; Oesterreich: Bundesbahnen: Rabatt auch für Messegüter (50% zurück); Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft (Wien): für Aussteller und Einkäufer auf der Linie Passau—Wien 50%, Wien—Mohacs 33%, Wien—Giurgiu 25% Rabatt hin und zurück, Messegüter frei zurück; Polen: Staatsbahnen: Aussteller und Besucher 33 1/3% hin und zurück, Messegüter frei zurück; Luftverkehrsgesellschaft: Aussteller und Besucher 20% Rabatt hin und zurück; Rumänien: Staatsbahnen: Aussteller und Besucher 50% Rabatt auf der Rückfahrt, Messegüter 50% auf dem Rücktransport; Südslawien: Jadranska Plovidba (Susak): auf der Susak-Piräus-Linie für Aussteller und Besucher in der 1. und 2. Klasse 25% Rabatt hin und zurück; Syrien: Syrische Bagdad-Bahn: Messegüter frei zurück; Tschchoslowakei: Staatsbahnen: Aussteller und Besucher hin und zurück 25% Rabatt, für Messegüter Spezial-Tarif; Luftverkehrsgesellschaft: auf der Anschlußlinie Amsterdam—Prag für Aussteller und Besucher 10% Rabatt hin und zurück; Türkei: Staatsbahnen: für Messegüter auf dem Hintransport Spezialsätze, Rücktransport frei; Smyrna-Kassaba-Eisenbahn: Aussteller und Besucher 50% hin und zurück, Messegüter frei zurück; Türkische Südbahn: Aussteller 30% Rabatt hin und zurück, Messegüter frei zurück; Ungarn: Kgl. Ungarische Fluß- und Seeschiffahrtsgesellschaft: für Aussteller und Besucher auf der Wien—Budapest—Rustschuk-Linie Spezialermäßigungen; Luftverkehrsgesellschaft: auf der Anschlußlinie Budapest—Wien für Aussteller und Besucher 10% Rabatt.

Mitteleuropäische Revisionisten in Tel Aviv

Am 24. Oktober fand in Tel-Aviv eine Zusammenkunft der mittel-europäischen Revisionisten statt. In Anbetracht der sehr starken Einwanderung aus Mittel-Europa erschien eine Zusammenfassung der neuen revisionistischen Einwanderer dringend notwendig, um einen Kreis zu schaffen, wo die neu einwandernden Revisionisten zusammengefaßt werden und ihre gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen vertreten können.

Bisher bestand keine Stelle im Lande, die sich um die neu eingewanderten Revisionisten gekümmert hätte, und so kam es, daß die politische Kraft der neu eingewanderten Revisionisten sehr zersplittert war.

Weiterhin schien geboten, unter den Kreisen der neu einwandernden Revisionisten einen gewissen gesellschaftlichen Konnex zu schaffen. Besonders dringend aber war die Notwendigkeit, die neu eingewanderten Revisionisten in die revisionistische Union Erez Israels einzugliedern. Diese Notwendigkeit besteht um so stärker, als gerade in der Sprachenfrage im Anfang noch gewisse Schwierigkeiten bestehen. Eine ganz spezifische Aufgabe besteht aber für die revisionistischen Neueinwanderer in der Einwirkung auf die Einwanderer überhaupt.

Bisher bestand nur eine deutsche Sektion der MAPAI. Dadurch kam es, daß gerade die Neueinwandernden besonders stark der politischen Propaganda der Linken ausgesetzt waren. Diese Gesichtspunkte waren maßgebend für die Versammelten, um endlich eine Organisation der revisionistischen Einwanderer zu schaffen: Hitachduth Olim chadaschim schel Hazohar.

Die Versammlung berief nach Referaten von Herrn Dr. Kurt F. Friedländer und Dr. Julius Fröhlich, ein Initiativ-Komitee, bestehend aus folgenden Personen, ein:

Dr. Paul Arnsberg, früher Frankfurt am Main, Dr. Hans Bloch, früher Berlin, Isaak Dzialowsky früher Frankfurt am Main, Dr. Hans Eger, früher Berlin, Dr. Kurt Friedländer, früher Berlin und Dr. Julius Fröhlich, Tel-Aviv. Die Geschäftsführung liegt in Händen von Herrn Dr. Friedländer.

Für die nächste Zeit ist eine große Versammlungstätigkeit geplant. Gründungen von Ortsgruppen in Haifa und Jerusalem sind in Aussicht genommen. Zu dem Arbeitsprogramm der Vereinigung wird auch für die Zukunft die Fürsorge für Einwanderer gehören. Es werden daher Revisionisten, welche nach Palästina kommen, gebeten, sich bei Dr. Kurt Friedländer, Tel Aviv, Heßstr. 7 zu melden. Ebenso sind Anfragen mitteleuropäischer Revisionisten an diese Stelle zu richten. Es wird nochmals festgestellt, daß diese Vereinigung keine selbständige Organisation ist, sondern eine Sektion der revisionistischen Partei Palästinas, die im engsten Zusammenhang mit ihr auf einem bestimmten Teilgebiet arbeiten wird.

Die Reise- und Verkehrsgesellschaft m. b. H., Wien, I., Rotenturmstraße 20 (Ecke Fleischmarkt 1), Telephon R 24-5-25 veranstaltet in der Zeit vom 5. Dezember bis 25. Dezember 1933 eine Palästina-Gesellschaftsreise zu besonders billigen Preisen. Die Reise wird von einem verläßlichen Kenner von Land und Leuten geführt, der auch über die wirtschaftlichen Einrichtungen Palästinas erschöpfende Informationen erteilen wird. Das Reiseprogramm ist sehr reichhaltig. Anmeldungen und Auskünfte im »Reisebüro« Wien, I., Rotenturmstraße 20 (Ecke Fleischmarkt 1), Telephon R 24-5-25.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21 Telephon Nr. A-16-1-14